

Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne

Dienstag (Nachmittag), 9. Juni 2020 / Mardi après-midi, 9 juin 2020

Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion /
Direction de l'économie, de l'énergie et de l'environnement

59 2019.RRGR.250 Motion 202-2019 Alberucci (Ostermundigen, glp)
Transparenz bezüglich der Monopolrente der BKW

59 2019.RRGR.250 Motion 202-2019 Alberucci (Ostermundigen, pvl)
Rente de monopole de BKW : faire la transparence

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. Nous passons à présent à l'affaire numéro 59. Il s'agit d'une motion du député Alberucci, intitulée « Rente de monopole de BKW : faire la transparence ». Le gouvernement rejette les points 1 et 3 et adopte le point 2 tout en le classant. Monsieur le Député, vous avez la parole.

Luca Alberucci, Ostermundigen (glp). Diese Motion wurde in der letzten Legislatur schon einmal behandelt, eigentlich mit dem identischen Wortlaut (*M 126-2016*). Warum kommt sie jetzt noch einmal? – Wir hatten in der Herbstsession 2019 die Motion Lanz/Aebi überwiesen (*M 113-2019*, «*Aufspaltung der BKW prüfen*»), und diese Motion verlangt, dass der Regierungsrat die Aufteilung der BKW in eine Grundversorgung – insbesondere Stromnetz – und in die weiteren Geschäfte prüfen soll. Und meine Motion, was macht die? Die verlangt eigentlich, dass in diesem Bericht nichts anderes als der Wert der Netze transparent gemacht wird, damit wir hier auf Basis von guten Entscheidungsgrundlagen danach die weiteren Schritte auch einleiten können. Ich habe jetzt absichtlich den Begriff Monopolrente nicht benutzt, sondern Wert, weil Monopolrente letztendlich nichts anders ist, als der Werte des Netzes. Der Wert des Netzes bestimmt sich aufgrund des Stromgesetzes und wegen des Stromgesetzes darf die BKW von den privaten, den gebundenen Endkunden auch staatlich definierte Tarife verlangen. Und auf welcher Basis diese berechnet werden, da hätte ich gerne, dass dies transparent gemacht wird.

Wir haben zwei Komponenten dieser Netztarife: Die erste Komponente ist ein sogenannter gesetzlich garantierter Gewinn, für den die BKW nichts macht, den darf sie einfach verlangen. Ich möchte gerne wissen, wie hoch dieser gesetzlich garantierte Gewinn ist. Wenn ich im Geschäftsbericht nachschaue, dann sehe ich, dass das EBIT der Netze, ein Monopolbereich, im letzten Jahr 172 Mio. Franken war. Ich würde gerne wissen, ob dies einfach eine staatlich garantierte Rente ist oder was dort dahinter ist. Die zweite Komponente ist, dass die BKW neben diesem Gewinn uns Endkunden zusätzlich sogenannte Kapitalkosten weiterverrechnen darf. Diese Kapitalkosten berechnen sich – Punkt 2 der Motion – als 3,83 Prozent vom sogenannten Netzvermögen. Diese 3,83 Prozent sind bekannt, aber was nicht bekannt ist, ist, wie gross dieses Netzvermögen ist. Wie viel macht dies insgesamt aus? Hypothetisch – ich weiss es nicht, man weiss es nicht, man sollte es wissen – stellen wir uns vor, dieses Netzvermögen sei 10 Mrd. Franken, dann wären diese 3,83 Prozent 380 Mio. Franken per annum, und dies in einer Situation in der sich die BKW auf 10 Jahre zu 0 finanziert, finde ich 3,83 Prozent Kapitalkosten doch sehr, sehr, sehr wohlwollend für diese netzversorgende Firma. Und diese Zahlen müssen wir haben, damit wir hier auf der Basis von guten Grundlagen entscheiden können, wie es weitergehen soll mit dieser sehr wichtigen Beteiligung. Politisch möchte ich dies beispielsweise wissen, wenn wir eben entscheiden, ob wir die BKW vollends privatisieren sollen. Ich persönlich bin ganz klar ein Gegner einer Privatisierung für die Bereiche, die eine Monopolrente abschöpfen. Diese Information muss vorhanden sein. Ich will es wissen, wenn wir darüber sprechen, ob die Einspeisegebühren der BKW sinnvoll sind. Ich kann von mir persönlich erzählen, ich bin auch Kunde, meine Solaranlage speise ich mit Zertifikat zu 9 Rappen pro Kilowattstunde ein. Wenn ich dieselbe Qualität beziehe, bezahle ich 30 Rappen pro Kilowattstunde. Die Differenz, zwei Drittel des Preises, ist im Wesentlichen diese Netzgebühren. Ich möchte einfach wissen, wie diese zustande kommen.

Und bei diesen Netzgebühren will ich auch noch etwas anderes wissen. Wenn ich evaluiere, ob die Konkurrenz der BKW gegenüber Privaten fair ist, oder ob sie eben anders ist, auch dann will ich

wissen, wie viel Monopolrente wir dort abschöpfen lassen. Und deshalb, liebe Grossrätinnen und Grossräte, stimmt doch dieser Motion zu, es geht darum, hier Transparenz zu schaffen. Der Regierungsrat argumentiert, dass er diese Information nicht preisgeben darf. Er darf sie durchaus als Aktionär nicht einfach so einverlangen, aber was er machen kann in der Generalversammlung: Als Mehrheitsbeteiligung kann er verlangen, dass der Verwaltungsrat diese Information offenlegt. Der Verwaltungsrat der BKW darf aus freien Stücken die Information offenlegen und wir kontrollieren ja letztlich, oder sollten letztlich als Mehrheitsaktionär diesen Verwaltungsrat auch kontrollieren. Also, Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich auf eine gute Debatte, ich hoffe, dass Sie dem wohlwollend gesinnt sind und ich möchte gerne noch mit einer Frage an den Regierungsrat Ammann mein Votum beenden. Ich will nämlich unabhängig davon, wie dies nun weitergeht, von ihm wissen, ob diese Informationen, die ich hier einverlange, mindestens ihm als Regierungsrat und dem Gesamtregierungsrat bewusst sind. Wie gesagt, das ist für mich eine nötige Grundlage für eine Diskussion auf objektiver Basis, was diese Firma und die strategische Führung dieser Firma betrifft.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. Il n'y a pas de comotionnaire-s. Je laisse la parole aux groupes : M. le député Arn pour le parti libéral radical.

Daniel Arn, Muri b. Bern (FDP). Die Motion hat in unserer Fraktion viel zu reden gegeben und wir haben keine einheitliche Meinung gefunden, sondern nur eine grossmehrheitliche. Diese Motion, die ja eigentlich gemäss Motionstext nur einen Bericht verlangt, ist wie jene aus dem Jahr 2016, wie wir das vom Grossrat Alberucci schon gehört haben, Und damals wurde sie mehrheitlich verworfen oder gross verworfen. Aber auch in unserer Fraktion ist ein gewisser Unmut gegenüber der BKW zu spüren. Vor allem vonseiten des Gewerbes, weil es dort meistens keine Möglichkeit gibt, den Stromanbieter auszuwählen, denn für Verbraucher unter 100'000 kWh pro Jahr ist der Markt nicht liberalisiert und da kommt nur die BKW in Frage. Zusätzlich tritt ja auch die BKW mit ihrem mittlerweile grossen Portfolio an Infrastrukturunternehmungen, vor allem im Gebäudebereich, stark im Markt auf und für die noch selbstständigen Gewerbler wird es nicht einfacher. Und genau aus diesem Grund wird ein Teil unserer Fraktion das Ansinnen des Motionärs unterstützen. Die Grossmehrheit unserer Fraktion ist aber der Ansicht, der Antwort der Regierung zu folgen, weil sich der Grosse Rat nicht einfach über das Obligationenrecht hinwegsetzen kann. Liebe Kolleginnen und Kollegen, in einem Punkt waren wir uns aber in der Fraktion einig: Die vollständige Strommarktöffnung würde allen helfen, sodass auch Konsumenten und auch die kleineren KMUs den Strom dort beziehen könnten, wo sie wollen und die Wahlfreiheit hätten. Aber leider – das ist hier nicht unsere Flughöhe.

Francesco Marco Rappa, Burgdorf (BDP). Sie haben es gehört, diese Motion ist eigentlich nichts Neues. Sie ist fast identisch mit der Motion vom November 2016 (*M 126-2016*). Aber offensichtlich gibt es nicht wenige Stimmen in unseren Reihen, die – auch aus meiner persönlichen Sicht – nicht mehr einverstanden sind, was in und mit der BKW läuft. Diese Stimmen erheben sich auch in dieser Session und werden dies wohl auch in den nächsten Zusammenkünften noch tun. Sie finden einfach, dass der Regierungsrat sich innerhalb der strategischen Führungsebene noch zu wenig engagiert. Er nimmt schlichtweg zu wenig oder gar keinen Einfluss. Die vielen Vorstösse in dieser Session, die die BKW oder auch andere, ähnlich gelagerte, Firmen betreffen, belegen diese Äusserung. Selbstverständlich hat sich die BDP-Fraktion vertieft mit der Motion Alberucci auseinandergesetzt. Wir können es aber drehen und wenden, wie wir wollen, die BDP kann der Motion in dieser Form grossmehrheitlich nicht zustimmen. Sie folgt somit der Begründung des Regierungsrates. Aber es sei gesagt, dass das Thema BKW für die Regierung wohl noch lange nicht ausgestanden ist.

Antonio Bauen, Bern (Grüne). Wie wir schon gehört haben, steht die vorliegende Motion im Zusammenhang mit der kommenden Diskussion um eine allfällige Aufspaltung der BKW. Wir erwarten, dass die für diese Diskussion erforderlichen Grundlagen dereinst in den zuständigen Stellen erarbeitet und uns geliefert werden. Einen zusätzlichen Bericht zu fordern, der Informationen verlangt, was gemäss Obligationen- und Börsenrecht nicht statthaft ist oder das Informationsrecht der Aktionäre übersteigt, erachten wir als nicht sinnvoll und deshalb auch als nicht erfüllbar. Durch die vorhandenen gesetzlichen Grundlagen zur Berechnung der Stromtarife im Kundensegment der Grundversorgung ist die Tarifgestaltung für alle Elektrizitätsversorger in diesem Bereich definiert. Es sind also gleich lange Spiesse im Einsatz. Dass diese Tarife nicht dem Markt ausgesetzt sind, ist aus unserer Sicht nur bedingt richtig. Der kalkulatorische Zinssatz für die Berechnung der Höhe der

Kapitalverzinsungen wird vom UVEK jährlich festgelegt. Das UVEK orientiert sich dabei auch am Markt. Somit sind die Tarife zumindest teilweise am Markt orientiert. Die Grundversorgung stellt einen Service Public dar und soll auch kostendeckend betrieben werden können. Die Eidgenössische Elektrizitätskommission (Elcom) kontrolliert dies, wie wir lesen konnten, und kann eingreifen, wenn irgendetwas nicht stimmt. Wir haben den Eindruck, dass dies in diesem Sinne gewährleistet ist. Im Sinne eines sparsamen Umgangs mit Strom und dem langfristigen Werterhalt der Produktions- und Netzinfrastrukturen erachten wir es als nicht sinnvoll, hier noch durch eine einseitige Offenlegung von Kalkulationsgrundlagen – die Konkurrenz müsste dies ja dann nicht machen – einen zusätzlichen Kostendruck zu erzeugen. Wie bereits die ähnliche Motion im November 2016 (*M 126-2016*) kann uns auch die vorliegende Motion nicht begeistern. Wir verhalten uns wie die Regierung und lehnen die Motion in den Punkten 1 und 3 ab und nehmen sie im Punkt 2 bei gleichzeitiger Abschreibung an.

Kurt Zimmermann, Frutigen (SVP). Die SVP-Fraktion hat dieses Geschäft ausführlich diskutiert. Die Punkte 1 und 3 lehnen wir fast geschlossen ab. Es gibt einzelne Fraktionsmitglieder, die vom KMU-Gedanken her hier zustimmen könnten. Beim Punkt 2 unterstützen wir grossmehrheitlich die Antwort der Regierung. Wird die Abschreibung bestritten, lehnt die Fraktion diesen Punkt grossmehrheitlich ab. Der praktisch gleiche Vorstoss, mit ähnlichem Inhalt wurde vom Grossen Rat in der Wintersession 2016 schon einmal behandelt und grossmehrheitlich abgelehnt. Auch diese Motion verlangt einen Bericht und vermehrte Transparenz in vertrauliche Unternehmensdaten. Die SVP ist nicht unbedingt ein Befürworter von Berichten, deshalb lehnen wir dies ab. Die Informationsrechte für die Aktionäre sind primär auf die Informationen zur wirtschaftlichen Lage beschränkt, im Geschäftsbericht oder in der Jahresrechnung sind diese ja ersichtlich. Deshalb ist eine Offenlegung und eine Einsicht in vertrauliche Geschäftsdaten und Kalkulationen nicht im Sinne der SVP.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. Pour le groupe PS-JS-PSA, M. le député Daniel Wyrsch.

Daniel Wyrsch, Jegenstorf (SP). Es wird behauptet, dass der Strom hier künstlich verteuert wird. Es wurde dargelegt, dass das Netz und die Tarife jährlich überprüft werden vom staatlichen Regulator Elcom, und so gesehen gibt es keine höheren Preise. Auch wurde dargelegt, dass die Daten, die gewünscht sind, nicht öffentlich sind – auch dieser Punkt ist erledigt. Wir wissen auch, dass der kalkulatorische Zinssatz hier ja festgelegt ist, mit 3,83 Prozent – auch dieser Punkt ist erledigt. Und es ist einfach noch einmal so wie 2016, Luca. Die SP wird dies mehrheitlich ablehnen, wir werden so abstimmen wie der Regierungsrat uns dies empfohlen hat. Wir machen es nicht immer wie der Regierungsrat, aber in diesem Punkt machen wir es. Wir machen dies auch in diesem Jahr und werden es auch 2024 machen, wenn der Vorstoss das nächste Mal kommt.

Tom Gerber, Reconville (PEV). Je ne suis pas depuis très longtemps dans ce parlement et pourtant, il me semble que certains sujets reviennent à intervalles plus que réguliers, soit, quasi sans intervalle. Il s'agit des BKW. Comme le mentionne la réponse du gouvernement, une motion quasi identique a été refusée en novembre 2016 (*M 126-2016*) et, contrairement à ce que le motionnaire prétend, nous considérons que la situation n'a pas changé fondamentalement. Pour faire court, le groupe évangélique suivra les recommandations du gouvernement quant au vote. Cependant, les questions et les nombreuses discussions concernant les BKW me poussent à une réflexion plus fondamentale qui devrait aussi être celle du gouvernement : réfléchir de manière nouvelle à ce que représente et quel rôle remplit cette entreprise pour le canton et comment le canton s'entend influencer en tant qu'actionnaire majoritaire l'orientation stratégique des BKW en tenant compte du fait que la stratégie qui a été poursuivie jusqu'à maintenant : « laissez faire, nous encaissons des dividendes ! », arrive, à mon avis, probablement en fin de vie.

Casimir von Arx, Köniz (glp). Beim Lesen dieses Vorstosses hatte der Regierungsrat wahrscheinlich ein Déjà-vu, wie man aus seiner Antwort lesen kann, und ich glaube auch in der grünliberalen Fraktion hatten einige ein Déjà-vu, als sie die Antwort des Regierungsrates gelesen haben. Wie schon vor 4 Jahren, legt der Regierungsrat formaljuristische Erwägungen dar, ohne dass die Bereitschaft erkennbar wäre, auf den Kern der Motion einzugehen. Neu ist nur, dass dieses Mal auch formal-ökonomische Spitzfindigkeiten diskutiert werden, namentlich, dass der Begriff der Monopolrente nach Auffassung des Regierungsrates inkorrekt ist. Wenn man die Antworten des Regierungs-

rates – und nicht nur auf diesen BKW-Vorstoss – liest, dann zeigt dies vor allem etwas: Es ist problematisch, wenn ein Unternehmen in einem Bereich als Monopolist und in einem anderen Bereich auf dem freien Markt tätig ist. Es ist deshalb problematisch, weil damit die Grundlagen für die Diskussion über eine ordnungspolitisch korrekte Lösung mit zwei separaten Unternehmungen fehlt – einem staatlich beherrschten für den Monopolbereich und einem privatisierten für die übrigen Tätigkeiten auf dem freien Markt. Und so lange wir diese Diskussion nicht führen können, hängt der Staat und der Kanton Bern in dieser ordnungspolitisch nicht guten Situation mit drin als Mehrheitsaktionär. Der Regierungsrat erweckt leider den Eindruck, dass er diese Diskussion nicht führen will. Dass wir die gewünschten Informationen wieder nicht bekommen sollen, nährt die These, dass es eben sehr wohl zu einer unfairen Querfinanzierung und zu Marktverzerrungen kommt. Wenn dies nämlich nicht der Fall wäre, könnte ja die BKW die Zahlen einfach auf den Tisch legen und beweisen, dass sie das Geld gar nicht aus dem Monopolbereich holt und sich keinen Wettbewerbsvorteil für ihre übrige Tätigkeit verschafft. Wenn die BKW diese Zahlen vorlegen würde, würde sie ja diese lästigen Spekulationen sofort beenden. Weil wir aber diese Zahlen nicht bekommen, müssen wir den Umkehrschluss ziehen und unsere These beibehalten. Die Glp-Fraktion nimmt diese Motion in allen Punkten an. Ich bitte Sie, dies auch zu machen, damit wir in dieser leidigen Angelegenheit einen Schritt weiterkommen.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. Tous les groupes qui voulaient s'exprimer l'ont fait. Je laisse maintenant la parole à M. le député Etter comme intervenant à titre individuel.

Jakob Etter, Treiten (BDP). Erlauben Sie mir, dass ich ein paar grundsätzliche Überlegungen anbringe zu diesen Diskussionen über die BKW, auch im Hinblick auf die nachfolgenden Motionen, die ja unter reduziertem System laufen, bei denen man als Einzelsprecher nichts dazu sagen kann. Erstens, auch das Parlament des Hauptaktionärs der BKW kann sich nicht alles erlauben und alles verlangen, auch wir müssen uns an das Aktienrecht und an das Obligationenrecht halten. Zweitens, es wird immer wieder vergessen, dass wir in der BKW eine sehr erfolgreiche Tochter haben, die jährlich gegen 100 Mio. Franken an Dividenden, Steuern, Gebühren und Wasserzinsen in die Staatskasse fliessen lässt. Drittens, vor etwa 3 Jahren haben wir hier – nicht in diesem Raum, aber in diesem Parlament – das Gesetz über die Beteiligung des Kantons an der BKW AG (BKW-Gesetz, BKWG) beraten und erneuert. Die Regierung hat damals vorgeschlagen, den Aktienanteil auf eine Sperrminorität von 33 Prozent reduzieren zu können. Dies wurde in diesem Parlament abgelehnt und da haben auch bürgerliche Grossrätinnen und Grossräte mitgemacht. Viertens, meines Wissens hat die BKW noch nie ein Unternehmen gezwungen, sich ihnen anzuschliessen oder sich mit ihnen zusammenzuschliessen, es gab noch nie eine feindliche Übernahme, das ging meistens im Rahmen einer Nachfolgeregelung oder einer fehlenden Nachfolgeregelung, aber unter Zwang musste sich noch niemand der BKW unterziehen. Fünftens, glücklicherweise haben wir ein so erfolgreiches Tochterunternehmen mit einer erfolgreichen Geschäftsleitung und einem CEO, der rechtzeitig gesehen hat, dass man mit Stromproduktion und Stromerzeugung alleine nicht mehr Geld verdienen kann und sich dementsprechend diversifiziert hat und auch ins Dienstleistungsgeschäft eingestiegen ist. Sechstens, vergleichbare Firmen in der Ostschweiz und in der Zentralschweiz, die im gleichen Geschäft tätig sind, hatten vor gar nicht so langer Zeit finanzielle Probleme, sodass es fast dazu gekommen ist, dass die Gemeinden und die Kantone Steuergelder einschliessen hätten müssen, um sie über Wasser zu halten. Da bin ich noch froh, dass wir eine BKW haben, die das Geschäft erfolgreich führt und uns jedes Jahr einen tollen Batzen in die Kasse liefert. Und siebtens, wenn ich vorausschaue zur Motion Zimmermann (*M 223-2019*) unter Traktandum 64, wenn man dort als Hauptaktionär verlangen würde, dass sich die Tochtergesellschaften absprechen und sich einigen müssten, wenn sie Offerten machen, und sich sogar über die Preise noch absprechen, dann käme man wohl noch schnell in den Fokus der WEKO. (*Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.*) Werte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, diesem Vorschlag, diesen Vorstössen nicht zuzustimmen. Ich kann keinem Vorstoss zustimmen, der unserer eigenen Tochter und ihrer Tochterunternehmung Steine in den Weg legt und ihre Entwicklung behindert.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. Le motionnaire ne souhaite plus prendre la parole, je la cède donc à M. le conseiller d'Etat.

Christoph Ammann, Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektor. Es ist tatsächlich ein Déjà-vu,

ich halte mich daher kurz und verweise auf die Debatte aus dem Jahr 2016. Man kann die Aussagen der Regierung und die Informationen im Tagblatt nachlesen. Ich verweise auch auf die Antwort der Regierung zu diesem Vorstoss jetzt. Ich verweise vor allem auch auf das letzte Votum, jenes von Grossrat Etter, dessen Aussagen ich in allen Punkten teile. Ich gebe noch eine Antwort auf die Frage des Motionärs: Die Regierung hat selbstverständlich Zugang zu allen Informationen, zu denen sie im Rahmen des Aktionärsrechts Zugang haben kann.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. Nous allons passer au vote de cette affaire 59, « Rente de monopole de BKW : faire la transparence ». La motion est maintenue, nous votons point par point : les député-e-s qui acceptent le point 1 comme motion votent oui, celles et ceux qui la rejettent votent non.

Abstimmung (2019.RRGR.250; Ziff. 1)

Vote (2019.RRGR.250 ; ch. 1)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 25

Nein / Non 108

Enthalten / Abstentions 3

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. Le point 1 de la motion a été rejeté par 108 non contre 25 oui et 3 abstentions.

Les député-e-s qui acceptent le chiffre 2 comme motion votent oui, celles et ceux qui la rejettent votent non.

Abstimmung (2019.RRGR.250; Ziff. 2)

Vote (2019.RRGR.250 ; ch. 2)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 98

Nein / Non 37

Enthalten / Abstentions 4

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. Le point 2 de la motion a été accepté par 98 oui contre 37 non et 4 abstentions.

Le classement est demandé pour le point 2 : les député-e-s qui acceptent le classement votent oui, celles et ceux qui le rejettent votent non.

Abstimmung (2019.RRGR.250; Ziff. 2; Abschreibung)

Vote (2019.RRGR.250 ; ch. 2 ; classement)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 108

Nein / Non 30

Enthalten / Abstentions 3

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. Le classement du point 2 a été accepté par 108 oui contre 30 non et 3 abstentions.

Finalement, nous passons au chiffre 3 : les député-e-s qui acceptent le chiffre 3 comme motion votent oui, celles et ceux qui le rejettent votent non.

Abstimmung (2019.RRGR.250; Ziff. 3)

Vote (2019.RRGR.250 ; ch. 3)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 24

Nein / Non 117

Enthalten / Abstentions 3

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. Le chiffre 3 a été rejeté comme motion par 117 non contre 24 oui et 3 abstentions.

Je laisse le micro à M. le président.

Der Präsident, Stefan Costa, übernimmt wieder den Vorsitz. / Le président Stefan Costa reprend la direction des délibérations.